

18. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. März 1952

441/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. K r a u s, H a r t l o b, Dr. P f e i f e r und Genossen
an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,
betreffend die Beschlagnahme von Wohn- und Geschäftsräumen durch Besatzungs-
mächte.

-.-.-.-

Die unterzeichneten Abgeordneten haben mit größtem Befremden die
Antwort des Herrn Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten vom
6.2.1952 auf ihre Anfrage vom 23.1.1952 zur Kenntnis genommen. In dieser
Antwort wird erklärt, daß für die Besetzung Österreichs die Bestimmungen
der Haager Landkriegsordnung Anwendung zu finden haben. Demnach seien die
Besatzungsmächte nach Art. 52 der Haager Landkriegsordnung berechtigt, für
die Einquartierung ihrer Truppen den gesamten zur Verfügung stehenden Wohn-
raum in Anspruch zu nehmen.

Demgegenüber stellen die unterzeichneten Abgeordneten fest:

1.) Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung über die Be-
setzung sind nur für den Fall einer kriegerischen Besetzung feindlichen
Gebietes (occupatio bellica) anwendbar und setzen daher das Vorhandensein
eines feindlichen Staates voraus.

2.) In der Moskauer Deklaration vom 1.11.1943 wurde Österreich
ausdrücklich als zu befreiendes Land erklärt.

3.) Das im Kontrollabkommen vom 28.6.1946 festgelegte Besatzungs-
ziel hat die Besetzung Österreichs selbst jedes kriegerischen Charakters
entkleidet. Hingegen ist Zweck der kriegerischen Besetzung die Nieder-
haltung bewaffneten Widerstandes und die Sicherstellung von Kontributionen
bis zum Abschluß des Friedensvertrages.

4.) Daß die Alliierten Österreich nicht als kriegführendes Land
ansehen, ergibt sich daraus, daß sie nicht beabsichtigen, mit Österreich
einen Friedensvertrag abzuschließen, sondern einen Staatsvertrag. Staats-
verträge können aber nur mit oder über Staaten abgeschlossen werden, mit
denen man nicht im Kriege steht.

Hieraus ergibt sich klar und eindeutig, daß die Bestimmungen der
Haager Landkriegsordnung für die derzeitige Besetzung Österreichs weder
insgesamt noch im einzelnen anwendbar sind, insbesondere nicht in bezug
auf die Inanspruchnahme von Natural- und Dienstleistungen der Zivilbe-
völkerung.

19. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. März 1952

Die unterzeichneten Abgeordneten haben mit Bestürzung der Antwort des Herrn Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten vom 6.2.1952 entnehmen müssen, daß der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten offensichtlich einen gegenteiligen Standpunkt einnimmt. Sie halten es für äußerst bedenklich, wenn der Herr Bundesminister selbst eine Qualifikation unseres Landes als besetztes feindliches Gebiet vornimmt, und schon darin ein gefährliches Präjudiz für die weiteren Verhandlungen zur Wiederherstellung der vollen Souveränität Österreichs.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, mit allen im internationalen Loben zur Verfügung stehenden Mitteln die Frage zu klären, ob die derzeitige Besetzung Österreichs so zu werten ist, daß die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung für die Inanspruchnahme von Wohnraum für die Besatzungsmächte in Anspruch genommen werden können?

-.--.-